

Nach 70 Jahren Spannungen und Krieg

besteht die Aussicht auf eine Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten. Bis Ende des Jahres soll eine Friedensregelung für die beiden verfeindeten Nachbarländer erreicht werden. Die am Freitag verabschiedete „Panmunjom-Erklärung“ schließt Gewalt zwischen Nord- und Südkorea künftig „in jeder Form“ aus.



„Ich stehe hier und sehe, dass Süd- und Nordkorea ein Volk sind und das gleiche Blut in den Adern haben“

Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un

„Abrüstung und Frieden“ – Ergebnisse des Korea-Gipfels

PJÖNGJANG/SEOUL (APA/Reuters). Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un und Südkoreas Präsident Moon Jae In haben sich bei ihrem Gipfeltreffen am Freitag in der Grenzstadt Panmunjom auf gemeinsame Schritte in Richtung Frieden und Abrüstung geeinigt. Die zentralen Inhalte der „Panmunjom-Erklärung“ für Frieden, Wohlstand und Vereinigung der koreanischen Halbinsel:

- Die beiden Führer erklären, dass es keinen Krieg mehr auf der koreanischen Halbinsel geben werde. Weiter heißt es: „Süd- und Nordkorea treiben umfassende und bahnbrechende Fortschritte der interkoreanischen Beziehungen voran.“
- Beide Seiten bekräftigen das gemeinsame Ziel einer vollständig atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel.
- Im nordkoreanischen Gae-song wird ein gemeinsames Büro für die gegenseitigen Beziehungen eröffnet.
- An Sportereignissen wie den Asien-Spielen 2018 nehmen die Mannschaften beider Länder gemeinsam teil.
- Am 15. August ist eine Familienzusammenführung geplant.
- Zur praktischen Beseitigung der Kriegsgefahr werden „alle Feindseligkeiten, zu Land, zu

Wasser und in der Luft“ eingestellt.

- Die Entmilitarisierte Zone (Panmunjom) wird zu einer „Friedens-Zone“ umgebaut. Ab 1. Mai werden Propagandasendungen und der Abwurf von Flugblättern eingestellt.
- Das Gebiet nahe der nordwestlichen Demarkationslinie wird in eine maritime Friedens-Zone umgewandelt, um überraschende Zusammenstöße zu vermeiden.
- Im Mai finden Gespräche von Militärs statt.
- Süd- und Nordkorea wollen beim Aufbau einer „dauerhaften Friedensordnung“ aktiv kooperieren.
- Moon wird Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang im Herbst besuchen.
- Die Abrüstung erfolgt in Schritten entsprechend der Verringerung der militärischen Spannungen.
- Der Einsatz von Gewalt gegeneinander wird „in jeder Form“ ausgeschlossen.
- Beide Seiten streben trilaterale Treffen mit anderen Staaten – darunter die USA – oder Treffen in der Viererrunde mit den USA und China an. Ziel ist, den offiziellen Kriegszustand zu beenden und einen dauerhaften Frieden zu erreichen.

© Alle Rechte vorbehalten



Nach dem Handschlag und der symbolischen Grenzüberquerung in beide Richtungen posierten Kim und Moon noch mit Kindern für ein Foto.

APA/afp/KOREA SUMMIT PRESS POOL



Zum Auftakt des Korea-Gipfels hat der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un (links) am Freitag zum ersten Mal die Grenze zu Südkorea überschritten. Auf der südkoreanischen Seite des Grenzortes Panmunjom wurde er von Staatspräsident Moon Jae In begrüßt. Sie lächelten und schüttelten einander die Hände.

APA/afp/KOREA SUMMIT PRESS POOL

Historischer Korea-Gipfel

DIPLOMATIE: Nordkoreas Machthaber verspricht eine atomare Abrüstung – Hoffnung auf Entspannung

PANMUNJOM (dpa). Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un hat seinen Willen zu einem vollständigen Abbau seines Atomwaffenprogramms bekräftigt. Bei dem historischen Korea-Gipfel am Freitag im Grenzort Panmunjom unterzeichnete Kim mit Südkoreas Präsident Moon Jae In eine gemeinsame Erklärung, die eine „neue Ära des Friedens“ einläuten soll.

Beide umarmten sich nach der Unterzeichnung. Das seit dem Ende des Koreakrieges vor 65 Jahren gültige Waffenstillstandsabkommen soll noch in diesem Jahr durch einen Friedensvertrag ersetzt werden. Für den Gipfel hatte Kim als erster nordkoreanischer Führer seit dem Ende des Korea-Krieges (1950-53) die Grenze überquert und südkoreanischen Boden betre-

ten. Der Machthaber wurde direkt an der Demarkationslinie in der gemeinsamen Sicherheitszone von Moon Jae In empfangen. Beide Staatschefs begrüßten sich herzlich mit Handschlag. Moon empfing Kim sogar mit militärischen Ehren. Beide marschierten an einer Ehrengarde von 300 Soldaten aller 3 Waffengattungen der südkoreanischen Streitkräfte vorbei. Süd- und Nordkorea bestätigten in der „Panmunjom Erklärung“, ihr gemeinsames Ziel sei die Schaffung einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel durch „die vollständige Denuclearisierung“. Für einen Friedensvertrag zum formellen Ende des Koreakrieges sollen Gespräche zu dritt mit den USA oder zu viert mit China aufgenommen werden. „Wir erklären, dass kein Krieg mehr auf der koreanischen Halbinsel ausbrechen wird“, hieß es in der Erklärung.

Machthaber Kim sagte, beide Koreas sollten nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen. „Ich stehe hier und sehe, dass Süd- und Nordkorea ein Volk sind und das gleiche Blut in den Adern haben“, sagte er. „Wir können nicht voneinander getrennt sein.“ Bei seiner Zusage, eine Beseitigung seiner Atomwaffen anzustreben, kündigte Kim allerdings keine spezifischen Maßnahmen an, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Auch wurde sein Raketenprogramm nicht erwähnt.

Beide Koreas äußerten gleichwohl ihre Ansicht, dass die jüngsten Maßnahmen sehr wichtig für die Denuclearisierung seien. Allerdings waren schon frühere Versprechen zur atomaren Abrüstung wieder im Sande verlaufen, weil sie an der Umsetzung scheiterten.

Ein Ende des Atomwaffenprogramms wird in wenigen Wochen wieder im Mittelpunkt des

Treffens zwischen Kim und US-Präsident Donald Trump stehen, das Ende Mai oder Juni geplant ist. Ort und Termin sind noch nicht bekannt.

Auch zwischen beiden Koreas werden die Gipfelgespräche weitergehen. Moon nahm eine Einladung nach Pjöngjang an und will noch im Herbst zum nächsten innerkoreanischen Gipfel in Nordkoreas Hauptstadt reisen. Auch Kim äußerte seine Bereitschaft, in den Präsidentensitz nach Seoul zu kommen, wenn er eingeladen wird.

Um die Spannungen weiter abzubauen, wollen beide Seiten regelmäßig Gespräche auf Ebene der Verteidigungsminister oder Generäle aufnehmen. Sie wollen alle Feindseligkeiten gegen die andere Seite einstellen, geht aus der Erklärung hervor.

© Alle Rechte vorbehalten



EUROPA-SPLITTER

Wie fair ist Europa?

GERECHTIGKEIT: Neue Umfrage der EU deckt unterschiedliche Einschätzungen auf

BRÜSSEL. Zu Wochenbeginn wurde eine neue Umfrage der Europäischen Union vorgestellt. Sie kommt zum Ergebnis, dass die meisten in der EU der Ansicht sind, dass es in ihrem Leben im Allgemeinen gerecht zugeht. So findet im EU-Schnitt mehr als die Hälfte der Befragten, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, voranzukommen (58 Prozent). Aber hinter diesem Durchschnitt verbergen sich erhebliche regionale Unterschiede: Während der Aussage in Dänemark 81 Prozent zustimmen, sind es in Griechenland nur 18 Prozent. Generell sind die Europäer wesentlich skeptischer wenn es um Gerechtigkeit in Politik und Recht geht.

Tendenziell haben besser ausgebildete, jüngere und wohlhabendere Menschen eher den Eindruck, dass Gerechtigkeit herrscht. Apropos Einkommen: Die große Mehrheit ist der Ansicht, dass die Einkommensunterschiede zu groß sind (84 Prozent). In allen Ländern außer Dänemark sind mehr als 60 Pro-



Die soziale Gerechtigkeit hat sich in vielen EU-Staaten verbessert. dpa

zent der Menschen der Meinung, dass die Regierungen Maßnahmen zur Verringerung der Unterschiede ergreifen sollten.

98 Prozent bzw. 93 Prozent der Befragten halten gute Gesundheit und hochwertige Bildung entscheidend oder zumindest wichtig, um im Leben voranzukommen. Mehr als 90 Prozent sind der Meinung, dass harte Arbeit, aber auch die richtigen

Beziehungen ebenfalls entscheidend oder wichtig sind. Ein wohlhabendes Elternhaus, politische Kontakte, die ethnische Herkunft oder das Geschlecht werden als weniger ausschlaggebend angesehen.

Vergleicht man die Resultate von Österreich und Italien, so fallen einige wesentliche Unterschiede auf. Auf die Frage, ob man sich generell als glücklichen Menschen sieht, antwor-

ten in Österreich 86 Prozent mit ja. In Italien nur 72 Prozent. In Österreich haben 70 Prozent der Befragten den Eindruck, dass die Menschen gleiche Chancen haben im Leben voran zu kommen und 60 Prozent glauben, dass im Großen und Ganzen die Menschen das erreichen was sie verdienen – der EU-Spitzenwert.

In Italien teilen nur 45 Prozent bzw. 36 Prozent diese Ansichten. Österreich liegt sogar an erster Stelle bei der Ansicht, dass letztlich die Gerechtigkeit über die Ungerechtigkeit siegt: 63 Prozent stimmten der Aussage zu. In Italien liegt dieser Wert bei 43 Prozent. Selbst das liegt noch über EU-Schnitt, denn in Zypern, der Tschechien, Litauen, Kroatien und Lettland stimmen weniger als 20 Prozent dieser Aussage zu. Die Empfindung wie fair die Gesellschaften sind, gehen also in der EU weit auseinander. Die Umfrage wurde im Dezember 2017 durchgeführt. Insgesamt 28.031 Personen in den 28 Mitgliedstaaten wurden interviewt.

© Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg *



„Dolomiten“: Was ist eine gerechte Gesellschaft?

Gabriel N. Toggenburg: Zum Beispiel eine in der die Frage in welche Familie man geboren wird nicht den Lebenserfolg bzw. Misserfolg programmiert.

„D“: Ist das noch der Fall?

Toggenburg: Naja, man hält das in vielen Ländern schon für ausschlaggebend. Ungarn, Italien und Bulgarien liegen da im Spitzenfeld: fast 90 Prozent der Befragten halten diesen Faktor für wichtig. Ungarn, Österreich und Italien stechen auch bei der Geschlechtergleichbehandlung hervor: klar über 60 Prozent der Befragten dieser Länder halten das Geschlecht für essenziell für das Vorankommen im Leben.

„D“: Was kann die EU machen? Toggenburg: Sozialpolitik. Die-

se liegt freilich in erster Linie in den Händen der Mitgliedstaaten. Dennoch hat die EU-Kommission nun neue Signale gesetzt. Prominent ist in diesem Zusammenhang die sogenannte „Europäische Säule sozialer Rechte“.

„D“: Worum geht es da – kurz gesagt?

Toggenburg: Es ist eine politische Einigung auf die wichtigsten 20 sozialen Grundsätze Europas. Dazu gehören Bildung, Geschlechtergleichstellung, Chancengleichheit, faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz samt Kinderbetreuung, Altersvorsorge und Wohnraum usw.

„D“: Wo ist der Haken?

Toggenburg: Es handelt sich um ein rechtlich unverbindliches Dokument. Und selbst wenn die EU das eine oder andere Gesetzgebungsprojekt auf die Beine bringt, kann gelebte Fairness letztlich nur von unten wachsen.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.